



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Bereich Gesundheit Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 9. Mai 2023

Vorlagen-Nr. 23-F-63-0069

Homophobe Vorfälle im Wiesbadener Gesundheitsamt - Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE. vom 03.05.2023 -

Anfang April 2023 wurde bekannt, dass eine Ärztin und ein Arzt im Wiesbadener Gesundheitsamt möglicherweise aus homophoben Motiven gleichgeschlechtlichen Paaren, die ein Kind adoptieren wollten, falsche Gutachten ausgestellt haben. Diese Vorwürfe wurden vom Gesundheitsamt gegenüber der Öffentlichkeit bestätigt. Für die Zulassung im Adoptionsverfahren ist, unabhängig von der sexuellen Orientierung, unter anderem die gesundheitliche Unbedenklichkeitsbescheinigung vom Gesundheitsamt eine Voraussetzung. Allen vier gleichgeschlechtlichen Paaren wurde jedoch ohne Begründung die gesundheitliche Eignung abgesprochen und Bedenken geäußert, wie dies bei heterosexuellen Paaren nicht der Fall war.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

- 1) zu berichten,
 - a. wie der Magistrat das Verhalten der beiden Ärzte am Gesundheitsamt beurteilt und ob eine juristische Prüfung des Verhaltens vorgesehen ist.
 - b. welche organisatorischen Konsequenzen wegen des Verhaltens der Ärzte innerhalb der Stadtverwaltung geplant oder bereits erfolgt sind.
 - c. welche Möglichkeiten für dienst-, disziplinar-, arbeits- oder standesrechtliche Konsequenzen bestehen.
 - d. ob bereits dienst-, disziplinar-, arbeits- und standesrechtliche Konsequenzen erfolgt sind. Falls ja, welche?
 - e. ob der Magistrat die Staatsanwaltschaft über die Sachverhalte zwecks Prüfung strafbarer Handlungen (§§ 278, 348 StGB) informiert hat.
 - f. wie vielen hetero- bzw. homosexuellen Paaren jeweils von 2017-2022 durch Amtsärzt*innen des Gesundheitsamtes Adoptionsgutachten ausgestellt wurden. Wie viele dieser Gutachten bescheinigten jeweils gesundheitliche Einwände gegen eine Adoption? (bitte getrennt nach homo- bzw. heterosexuellen Paaren aufschlüsseln)
 - g. wann der Magistrat erstmals davon erfahren hat, dass homosexuellen Paaren homophobe Gesundheitsgutachten ausgestellt wurden und welche Maßnahmen von ihm im Anschluss unternommen wurden.
- 2) die gemachten Erfahrungen und den Umgang mit den Geschehnissen im europäischen Rainbow Cities Network und weiteren geeigneten Organisationen (bspw. dem Deutschen Städtetag oder dem Netzwerk Eurocities) zu teilen und sich dort beraten zu lassen.

Ziel ist es herauszufinden, wie sich ähnlich gelagerte Fälle zukünftig im Vorfeld vermeiden lassen könnten und anderen Städten durch die gemachten Erfahrungen dabei zu helfen, auf ähnlich gelagerte Fälle angemessen vorbereitet zu sein. Dem Ausschuss soll über die Ergebnisse aus dem Austausch mit den Organisationen berichtet werden.

Änderungsantrag der Fraktionen CDU und BLW/ULW/BIG vom 09.05.2023 zu TO I TOP 7 (23-F-63-0069) Homophobe Vorfälle im Wiesbadener Gesundheitsamt - für die Sitzung des Ausschusses Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 09. Mai 2023

Der Ausschuss Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit schließt sich dem Beschluss des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit vom 02. Mai 2023 an.

In den letzten Monaten soll es in Wiesbaden zu Verstößen gegen das Adoptionsrecht gekommen sein, welche nun presseöffentlich wurden. Die Presse berichtete von diskriminierendem Umgang durch die Amtsärzte und Amtsärztinnen mit gleichgeschlechtlichen Paaren, welche ein Kind adoptieren wollten.

Diskriminierendes Handeln ist nicht hinnehmbar, schon gar nicht durch Beschäftigte der Stadt Wiesbaden, die Teil der exekutiven Staatsgewalt sind. Die bekannt gewordenen Vorfälle müssen vollumfänglich aufgeklärt und ggf. disziplinarrechtlich verfolgt werden.

Der Magistrat muss sicherstellen, dass zukünftig jede Form diskriminierenden Verhaltens städtischer Mitarbeitenden nicht möglich ist.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit verurteilt jegliches diskriminierende Verhalten und setzt sich für eine lückenlose Aufklärung der Vorfälle ein. Alle Formen von Diskriminierung werden in Wiesbaden nicht toleriert!

Beschluss Nr. 0063

Es wird folgendes beschlossen:

- I. Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit schließt sich dem Beschluss des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit vom 02. Mai 2023 an.

In den letzten Monaten soll es in Wiesbaden zu Verstößen gegen das Adoptionsrecht gekommen sein, welche nun presseöffentlich wurden. Die Presse berichtete von diskriminierendem Umgang durch die Amtsärzte und Amtsärztinnen mit gleichgeschlechtlichen Paaren, welche ein Kind adoptieren wollten.

Diskriminierendes Handeln ist nicht hinnehmbar, schon gar nicht durch Beschäftigte der Stadt Wiesbaden, die Teil der exekutiven Staatsgewalt sind. Die bekannt gewordenen Vorfälle müssen vollumfänglich aufgeklärt und ggf. disziplinarrechtlich verfolgt werden.

Der Magistrat muss sicherstellen, dass zukünftig jede Form diskriminierenden Verhaltens städtischer Mitarbeitenden nicht möglich ist.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit verurteilt jegliches diskriminierende Verhalten und setzt sich für eine lückenlose Aufklärung der Vorfälle ein. Alle Formen von Diskriminierung werden in Wiesbaden nicht toleriert!

- II. Der Magistrat wird gebeten:

- 1) zu berichten,

- a. wie der Magistrat das Verhalten der beiden Ärzte am Gesundheitsamt beurteilt und ob eine juristische Prüfung des Verhaltens vorgesehen ist.

- b. welche organisatorischen Konsequenzen wegen des Verhaltens der Ärzte innerhalb der Stadtverwaltung geplant oder bereits erfolgt sind.
 - c. welche Möglichkeiten für dienst-, disziplinar-, arbeits- oder standesrechtliche Konsequenzen bestehen.
 - d. ob bereits dienst-, disziplinar-, arbeits- und standesrechtliche Konsequenzen erfolgt sind. Falls ja, welche?
 - e. ob der Magistrat die Staatsanwaltschaft über die Sachverhalte zwecks Prüfung strafbarer Handlungen (§§ 278, 348 StGB) informiert hat.
 - f. wie vielen hetero- bzw. homosexuellen Paaren jeweils von 2017-2022 durch Amtsärzt*innen des Gesundheitsamtes Adoptionsgutachten ausgestellt wurden. Wie viele dieser Gutachten bescheinigten jeweils gesundheitliche Einwände gegen eine Adoption? (bitte getrennt nach homo- bzw. heterosexuellen Paaren aufschlüsseln)
 - g. wann der Magistrat erstmals davon erfahren hat, dass homosexuellen Paaren homophobe Gesundheitsgutachten ausgestellt wurden und welche Maßnahmen von ihm im Anschluss unternommen wurden.
- 2) die gemachten Erfahrungen und den Umgang mit den Geschehnissen im europäischen Rainbow Cities Network und weiteren geeigneten Organisationen (bspw. dem Deutschen Städtetag oder dem Netzwerk Eurocities) zu teilen und sich dort beraten zu lassen. Ziel ist es herauszufinden, wie sich ähnlich gelagerte Fälle zukünftig im Vorfeld vermeiden lassen könnten und anderen Städten durch die gemachten Erfahrungen dabei zu helfen, auf ähnlich gelagerte Fälle angemessen vorbereitet zu sein. Dem Ausschuss soll über die Ergebnisse aus dem Austausch mit den Organisationen berichtet werden.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2023

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2023

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2023

Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister